

Interview mit Jean-Claude Juncker dans Luxemburger Wort (12. Dezember 1997)

Quelle: Luxemburger Wort. 12.12.1997. Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_jean_claude_juncker_dans_luxemburger_wort_12_dezember_1997-de-fed351bd-efc1-4c79-a563-38da326fb322.html

Publication date: 18/09/2012

Der Krieg wird im 21. Jahrhundert keine Option mehr für die Völker Europas sein

LW-Interview mit dem Präsidenten des Europäischen Rats, Premierminister Jean-Claude Juncker

LW: Herr Premierminister, der Präsident der EU-Kommission, Jacques Santer, hat den Luxemburger Gipfel im Vorfeld bereits als historisch bezeichnet. Teilen Sie diese Auffassung?

Jean-Claude Juncker: Jacques Santer, der nicht ein Mann der großen Worte ist, hat ohne jeden Zweifel recht, wenn er den bevorstehenden Gipfel als historisch bezeichnet. In der Tat geht es darum, daß wir jetzt zum erstenmal nach vielen hundert Jahren die Chance nützen müssen, den Kontinent mit friedlichen Mitteln zu gestalten und zu vereinen, nach Jahrhunderten mit Krieg, Auseinandersetzungen und viel Leid und vielen gescheiterten, aber immer mit Gewalt herbeigeführten Versuchen, den Kontinent zu einigen. Diesmal können wir das mit den vertraglich abgesicherten Mitteln des Friedens tun. Wenn wir diese Chance nicht nutzen - dann wird, um Bismarck zu zitieren, der Mantel Gottes nicht mehr zu fassen sein, der nur sehr selten durch die Geschichte weht. Und wenn er weht, muß man ihn zu fassen verstehen. Wir müssen also diese Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa jetzt entscheiden und weiterbringen. Damit schaffen wir die Grundlage dafür, daß der Krieg als Option zwischen den europäischen Völkern im 21. Jahrhundert wegfällt. Um nicht mehr und nicht weniger geht es bei dem zweitägigen Gipfeltreffen.

LW: Die EU-Außenminister haben den Staats- und Regierungschefs Vorschläge zur Strategie der Osterweiterung der Gemeinschaft unterbreitet. Sie wird in den Medien als „Luxemburger Prozeßmodell“ oder „Stadionmodell“ gehandelt. Ist der Gipfel damit praktisch schon gelaufen?

Jean-Claude Juncker: Nein, es bestehen noch erhebliche Meinungsunterschiede über das Wie des Erweiterungsprozesses. Der Vorschlag der Präsidentschaft wird sein, die Verhandlungen mit den elf Beitrittskandidaten zu beginnen, weil wir uns davor hüten sollten, den Eindruck zu vermitteln, wir würden eine neue Trennungslinie quer durch den Kontinent ziehen. Nein, die Verhandlungen mit den Elf müssen unter der Maßgabe beginnen, daß wir sofort nach Startbeginn wegen der unterschiedlichen Beitrittsreife der einzelnen Kandidaten in eine wohlüberlegte Differenzierung einsteigen. Mit denjenigen Ländern, die einen etwas erfolgreicherem Anpassungsprozeß absolviert haben, wird man intensive strukturierte Verhandlungen führen können. Mit den Staaten, die noch einen erheblichen Entwicklungsrückstand aufweisen, wird man Verhandlungen einer anderen Natur führen müssen. Wir treffen uns wenigstens einmal im Jahr auf Ebene der Außenminister, um uns gemeinsam auf zu erzielende Fortschritte im folgenden Jahr zu einigen. Es kann durchaus so sein, daß Kandidaten, die nicht in der ersten Runde dabei sind, zur ersten Gruppe aufschließen können, wenn ihre Anstrengungen von Erfolg gekrönt sind. Wir brauchen personalisierte, individualisierte Verhandlungen mit den beitrittswilligen Ländern auf bilateraler Ebene und keine Gruppenverhandlungen. Das war ein sowjetisches Modell. Außerdem werden die bilateralen Verhandlungen nicht am selben Tag abgeschlossen.

LW: Ist nach dem Treffen der luxemburgischen Präsidentschaft mit dem türkischen Ministerpräsidenten und türkischen Außenminister von Mittwoch abend in Senningen die Gefahr gebannt, daß der Luxemburger Gipfel ein Türkei-Gipfel wird?

Jean-Claude Juncker: Ich war am 27. November in Istanbul, um mit dem türkischen Premierminister ein Vier-Augen- und Vier-Stundengespräch zu führen und habe am Mittwoch abend nochmal mit meinem türkischen Kollegen Yilmaz und Außenminister Cem geredet. Dies ist ein Gipfel, der die Erweiterung der EU nach Ost- und Mitteleuropa und Zypern auf den Weg bringen muß. Dies ist kein Gipfel, auf dem wir uns in allererster Linie mit der Türkei zu befassen haben. Ich bin nicht bereit, einen Tagesablauf zu akzeptieren, in dem die Türkei im Mittelpunkt der Erörterungen steht. Ich habe mich sehr intensiv mit der „türkischen Frage“ beschäftigt, weil mir bewußt ist, daß die Türkei ein europäisches Land ist, eine Regionalmacht, deren Einfluß man in diesem Teil der Welt nicht unterschätzen sollte. Ich bin der Meinung, daß die Türkei eigentlich eine Berufung hat, Mitglied der Europäischen Union zu werden, daß dieser Prozeß aber Jahrzehnte dauern wird. Die Türkei wird in diesen Prozeß erst eingebunden werden können, wenn bestimmte Vorbedingungen erfüllt sind. Dazu gehört erstens, daß sie ihre Nachbarschaftsprobleme mit Griechenland bereinigen muß. Der Königsweg, den wir der Türkei mehrfach vorgeschlagen haben, ist der

Weg über den internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Die Türkei wird ihre Haltung gegenüber dem zypriotischen Beitritt radikal überprüfen müssen. Es kann nicht sein, daß ein Land, das Mitglied der Europakonferenz sein wird und Mitglied der EU werden möchte, den Beitritt von Zypern blockiert und sogar mit militärischer Gewalt droht, für den Fall, daß die Europäische Union daran festhalten wird, Beitrittsverhandlungen mit Zypern zu führen. Wir haben am Mittwochabend gefordert, daß die Türkei ihre Drohungen zurückzieht. Das hat sie aber nicht getan.

Schließlich gibt es das Problem der Menschenrechte. Hier kann es keine Kompromisse geben. Ich muß feststellen, daß die Türkei selbst weiß, daß sie hier entscheidende Leistungen zu vollbringen hat. Ich glaube nicht, daß man die Menschenrechtsfrage in drei oder fünf Jahren lösen können wird. Ich bin sogar der Meinung, daß man Beitrittsverhandlungen beginnen kann, ohne daß diese Fragen gelöst sind, aber man wird sie nie abschließen können, wenn die Menschenrechtsfrage nicht einwandfrei gelöst ist.

Es kann nicht sein, daß am Tisch der Europäischen Union Vertreter eines Landes sitzen, in dem gefoltert wird. Menschenrechte sind ja kein Thema für feingefühlige Lyriker. Das hat mit dem echten Leben zu tun. Ich empfangen Menschen in meinem Büro, deren Angehörige oder sie selbst gefoltert wurden. Dieses Thema hat für mich ein Gesicht.

LW: Angeblich wollen die Ukraine und Moldawien noch in diesem Jahrhundert ihre Anträge auf EU-Mitgliedschaft stellen. Werden die Grenzen der Europäischen Union bis zu Rußland vorgeschoben?

Jean-Claude Juncker: Als ich am 5. September einen Besuch in Kiew machte, teilte mir der ukrainische Staatspräsident Kutschma mit, daß die Ukraine einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union stellen möchte. Es gibt andere Staaten der Region, die ähnliches vorhaben. Ich halte dies jedoch nicht für eine von meiner Generation zu lösende Perspektive.